

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— RM.
mit Aufträgen: einzelne Nr. 10 Pf.
Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 5
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 408
Postfachkonto Dresden 125 48

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft, des Stadtrats und des
Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 46 Millimeter breite
Millimeterzeile 6 Pf.; im Textteil bis 95
Millimeter breite Millimeterzeile 11 Pf.
Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags

Nr. 124

Donnerstag, am 31. Mai 1934

100. Jahrgang

Oertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Bau der Niedrigwasserlinie in der Weißeritz zwischen Sonnenbrücke und Ratsmühlenbrücke macht gute Fortschritte. Auf einem großen Stüde sieht man schon, wie sich das Werk gestalten wird. Große Quader in flacher Neigung grenzen sie nach dem etwas höher liegenden übrigen Teil des Flußbettes ab. Zum besseren Transport der Quader ist in den fertigen Teile der Wasserlinie ein Eisenbahngleis gelegt worden. Der niedrige Wasserstand läßt ein ungehörtes Arbeiten zu, und darf man wohl auf Fertigstellung in nicht zu ferner Zeit hoffen. Dann wird hoffentlich auch die üble Geruchsbelästigung der an der Weißeritz Wohnenden und dort Verkehrenden aufhören.

Höckendorf. Für vergangenen Dienstagabend hatte die hiesige Ortsgruppe der NSDAP die ganze Einwohnerschaft zu einem Lichtbildervortrag, betitelt: „Der Osten, Deutschlands Schicksal“ eingeladen. Im Gasthof „Erbgericht“ fand sich auch eine stattliche Anzahl Volksgenossen — es hätten können trotzdem aber mehr sein — zusammen. Als Lichtbildervortrag konnte der Vortrag leider nicht gehalten werden, da die Bilder, wie der Redner, Pg. Köppler—Dresden, erklärte, bei einem kürzlichen Autounfall fast sämtlich zerbrochen waren. Wenn man die Ostpolitik verstehen wolle, so führte der Redner u. a. aus, müsse erst auf die Geschichte zurückgegriffen werden. Der Weg der früher regierenden Männer hätte nach Osten führen und nicht die Auswanderungspolitik betreiben müssen. Wir Nationalsozialisten seien grundsätzliche Gegner einer Auswanderung, wie sie im Zeitalter des Liberalismus betrieben worden sei. Wenn behauptet werde, die Zukunft der deutschen Jugend liege in den Kolonien, so stehe das dem Nationalsozialismus entgegen. Wir sehen die Zukunft der deutschen Jugend allein in unserem Deutschland. Auch wir brandmarkten den damaligen Raub unserer Kolonien, aber wir seien grundsätzliche Gegner davon, deutsche Menschen in Massen nach den Kolonien abzuschicken. Wir hätten in unserem Vaterland noch genug „Land ohne Volk“. Die Kolonien seien in der Hauptsache für den Gewinn von Rohstoffen wertvoll und deshalb kämpfe auch der Nationalsozialismus um die Rückgabe unserer früheren Besitzungen. Der Redner erinnerte weiter daran, daß der damalige Reichskanzler Brüning mit Frankreich Verhandlungen angebahnt hat, um deutsche Menschen nach französischen Kolonien abzutransportieren. Die Tatsache habe planmäßig deutsche Gebiete durch eigene Siedlungen unterminiert; von Polen sei längs der deutschen Grenze ein Kleinbauernsiedlungswall angelegt worden. In Deutschland dagegen sei dies bisher alles unterblieben. Jetzt werde im deutschen Osten aus den bisher nur zu bezugnehmenden Großbetrieben für Tausende von Volksgenossen neue Lebensmöglichkeit und damit eine neue Heimat geschaffen. Dadurch, daß früher unzähligen polnischen Landarbeitern besonders im deutschen Osten Arbeit gegeben wurde, sei es soweit gekommen, daß die Abstammung in Polen zu Gunsten Polens aussiel. Weiter gab der Redner nähere Ausführungen über den Raub unserer Gebiete durch den Versailler Vertrag und kam dabei auf die Außenminister des vergangenen Systems zu sprechen. Stresemann sei als hochgradiger Freimaurer und spezieller Freund des damaligen französischen Außenministers Briand, ein indirekter Mörder des deutschen Freiheitskämpfers Leo Schlageter. Trotzdem die Entdeutschungspolitik Polens von diesen offen zugegeben war, sei nichts in Genf unternommen worden. Das habe uns über eine Million deutsche Volksgenossen gekostet. Die Welt habe jederzeit als ersten kriegerischen Konflikt nach dem Weltkrieg den zwischen Polen und Deutschland prophezeit, denn Polen habe unverfroren erklärt, daß es sich nach Danzig und Ostpreußen nehmen werde. Erst dann wurde es anders, als der Nationalsozialismus kam und der Führer in seiner großen außenpolitischen Rede erklärte: „Diejenigen, die das Wort Krieg immer im Munde führen, bezeugen, daß sie am meisten den Krieg wünschen. Das neue Deutschland werde eine Friedens-Politik, aber auch eine Politik der Gleichberechtigung betreiben.“ Die ganze Welt wäre sprachlos gewesen, als die deutsche Regierung den Austritt aus dem Völkerbund vollzog und das ganze deutsche Volk am 12. November 1933 diese Maßnahme der Reichsregierung akzeptierte. Daraus sei aber der berühmte Pakt zwischen Polen und Deutschland entstanden, in dem vereinbart ist, daß alle Auseinandersetzungen zwischen beiden Völkern auf friedlichem Wege geführt werden. Die von Hitler schon immer proklamierte „Mann-zu-Mann-Politik“ habe damit ihren Erfolg gefeiert; hier Hitler, dort Bilsudski. Diesem Pakt seien andere Verträge gefolgt: Das Wirtschaftsabkommen mit Polen u. a.,

Englands Standpunkt

Simon empfiehlt „das kleine Programm“

Unter großer Spannung der gesamten Teilnehmer der Abrüstungskonferenz ergriff Sir John Simon das Wort, der zunächst den Ernst der Lage kennzeichnete, in welcher sich nicht nur die Abrüstungskonferenz sondern das ganze System der Zusammenarbeit, das seit dem Kriege die Grundlage der internationalen Politik gewesen sei und mit dem die Aussichten auf einen fortdauernden Frieden in der Welt so eng verbunden seien, befände. Man müsse jetzt die Wirklichkeit ins Auge fassen. Simon gab dann eine Darstellung dessen, was bisher erreicht wurde. Er sprach von den diplomatischen Verhandlungen und der eifrigen Mitwirkung seiner Regierung.

Er erinnerte an das britische Memorandum und die Änderungen, die Deutschland anzunehmen bereit sei, einschließlich des Zugeständnisses, daß die hochgerüsteten Mächte in den nächsten fünf Jahren nicht abzurüsten brauchen. Er komme dem Präsidenten zu, daß nach der französischen Note vom 17. April weitere diplomatische Verhandlungen keinen Erfolg mehr versprechen.

Dann befaßte sich Simon mit den entscheidenden Gegenständen zwischen Deutschland und Frankreich, namentlich hinsichtlich des Umfangs der deutschen Abrüstung.

Er warf die Frage auf, ob eine Ueberbrückung dieser Gegensätze möglich sei. Noch immer bilde, namentlich mit den von seiner Regierung vorgeschlagenen neuen Änderungen, die beste Lösungsmöglichkeit der britische Vorschlag. Auch die gemeinsame Note der kleinen Staaten stimme damit überein.

Zum Vorschlag Litwinows

bemerkte er, auch eine Sicherheitsorganisation, wie er sie im Auge habe, müsse die Rüstungsherabsetzung zur Voraussetzung haben. Außerdem sei eine bestimmte eingeschränkte Verpflichtung, wie diejenige des Locarno-Abkommens wertvoller als eine unbestimmte universelle Versicherung.

Eine beschränkte aber wirkliche Rüstungsherabsetzung durch mäßige Aufrüstung sei dem Status quo mit Weitrücken vorzuziehen. Man habe zu wählen zwischen einer Einigung auf den angegebenen Linien oder einem Zusammenbruch der Konferenz mit unbeschränktem Wettlaufen.

Die britische Regierung werde alle Energien für eine Verständigung über das Erreichbare einlegen. Aber sie wolle nicht länger an einer unendlichen Fortsetzung leerer Diskussionen teilnehmen, weil dies den Völkerbund auf schwerste schädige und weil diese Fortsetzung der Konferenz nur zum Zweck des Redens den Weg zu anderweitigen Bemühungen verdrängen würde.

Europa sehe neuen Gefahren entgegen, und die Regierungen könnten sich nicht dadurch hindern lassen, sich mit ihnen zu befassen, daß sie in Genf Konferenzen abhalten müßten.

Wenn man die bisherige Einigung mit neuen erforderlichen Zugeständnissen kombiniere, und sich über Fragen beschränkteren Umfangs, die aber dennoch wichtig seien, verständige könne man praktische Resultate erzielen.

Als Gegenstand solcher Verständigung bezeichnete Simon den chemischen Krieg, die Veröffentlichung der Rüstungsausgaben, die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission und die Kontrolle der Waffenfabrikation und des Waffenhandels.

Damit entwickelte der Vertreter Großbritanniens ein realistisch eingeschränktes Programm, das vielleicht die Basis für weitere Bemühungen bilden wird, aber auch zeigt, daß die britische Regierung an die Erreichung des großen Zieles nicht mehr glaubt.

Sir John Simon begrüßte ferner den Vorschlag von Norman Davis hinsichtlich der Herstellung und des Handels mit Waffen und Munition. Er regte in diesem Zusammenhang an, daß zunächst die Konvention von 1925 sofort ratifiziert und in Kraft gesetzt werde.

Barthou spricht

Nach Sir John Simon sprach der französische Außenminister Barthou, der sich in freier Rede zunächst mit seinen Vorredner auseinandersetzte, dann die Haltung Deutschlands kritisierte und schließlich den Ausführungen Litwinows über die Sicherheit zustimmte. Barthou begann mit einem Bekenntnis zum Völkerbund, mit einer lobenden Bezugnahme auf seinen großen Vorgänger Briand und mit der Betonung der Kontinuität der französischen Politik. Er erklärte, die Zeit der halben Andeutungen, der Gefälligkeiten und viel leicht auch der Kompromisse sei vorüber. Henderson habe gestern von der Notwendigkeit der Einschränkung des Wettlaufens in der Luft gesprochen. Vielleicht gäbe es Regierungen, die wegen eines Luftangriffes besonders besorgt seien, aber der Luftkrieg sei nicht der einzige, der die französische Regierung beschäftige. Es gäbe Länder, die zu Lande und in der Luft und auf der See bedroht seien und gegen diese drei Gefahren müsse die Konferenz Vorkehrungen treffen.

Immer der Disposition der Rede Hendersons folgend kam Barthou sodann auf die Frage des Waffenhandels zu sprechen. Barthou zitierte ausführlich die Erklärung Simon vom 14. Oktober 1933, indem er betonte, daß man von 14. Oktober ausgehen müsse, um die Lage zu verstehen. Da

das für Deutschland unermessliche Vorteile in wirtschaftlicher Beziehung biete. Wäre heute noch irgendeine Regierung des vergangenen Systems am Ruder, hätte Polen die von der Welt vorausgesetzte Politik des „Säbelraffels“ verwirklicht. Zum Schluß wandte sich Redner gegen die Kritiker und Nörgler. Jeder Deutscher habe dem Nationalsozialismus das zu verdanken, was er noch ist und noch habe, denn allein der Nationalsozialismus habe Deutschland vor dem bolschewistischen Chaos gerettet. Wenn das jemand noch nicht einsehen wolle, dann müsse es bei ihm irgendwie nicht stimmen. Die beste Antwort für die Nörgler und Miesmacher, die sich auch unter denen befänden, die heute gern Fahnen hüpfen und auch mitunter das Braunhemd tragen, sei, daß man ihnen eins aufs Maul gebe. Die nationalsozialistische Bewegung sei nur durch die unerhörte in der Welt einzig dastehende Opferbereitschaft der alten Kämpfer groß geworden und ebenso könne Deutschland nur durch Opfer eine wirkliche Größe erreichen. Das habe die deutsche Geschichte bereits zur Genüge bewiesen. Und so hat er alle Anwesenden, auch weiterhin ihre Opfer für den Aufbau des neuen Reiches zu bringen. Die Opfer, die jetzt verlangt würden, wären nicht im geringsten mit denen derer zu vergleichen, die für unsere Idee ihr Leben lassen mußten. Das Horst-Wessel-Lied und ein dreifaches Sieg-Heil auf den geliebten Führer bildeten den Ausklang der Veranstaltung.

Dresden. Am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch wurden in Dresden nicht weniger als drei Kraftfahrzeuge gestohlen, und zwar an der Sophienkirche ein Personenkraftwagen Marke „Dixi“, Kennzeichen II 23 470, in der Wallstraße ein Kraftwagen Marke „Ardie“, Kennzeichen II 90 432, in der Wettiner Straße ein Kraftwagen Marke „Ardie“, Kennzeichen II 49 029.

Dresden. Die Industrie- und Handelskammer Dresden hat sich erneut an das Wirtschaftsministerium in einer Eingabe gewandt, um auf die Preisunterschiede in den Grenz-

gebieten des Mitteldeutschen und des Ostelbischen Braunkohlensyndikats hinzuweisen. Statistisch hat die Kammer bewiesen, daß es den Einwohnern dieser Grenzgebiete fast durchwegs möglich ist, nur in bestimmten Monaten die Pflanzhändler zu bevorzugen, die zum jeweils billigeren Preise liefern könnten. Eine Gegenüberstellung der Wilsdruffer Preise, die zum Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat gehören, und derjenigen im benachbarten Grumbach, das zum Ostelbischen Syndikat gehört, zeigt, daß die Grumbacher im größten Teil des Jahres, besonders in den Kälteperioden, günstiger in Wilsdruff kaufen, während wiederum die Wilsdruffer in den Haupteinkaufszeiten für Winterlagerbedarf bedeutend günstiger in Grumbach einkaufen können. Wenn man bedenke, daß in den Grenzgebieten Ortschaften lägen wie Lommatal, Kiefa, Wilsdruff und Tharandt, so sei es um so wichtiger, daß dort eine gemeinsame Regelung der Preise unbedingt statfinde.

Radebeul. Bei Grabungen auf dem hiesigen Friedhof ließ man auf wichtige vorgegeschichtliche Ueberreste. Es handelt sich um eine alte Wfengrube aus der Zeit vor dreitausend Jahren. In mühevoller Arbeit wurde Schicht nach Schicht nach der Tiefe zu abgetragen. Die Funde wurden sorgfältig geborgen. Das reizvollste Stück ist ein keilförmig geschliffener grüner Stein, an der Schneide beschädigt, am anderen Ende abgebrochen, jedoch leider nicht entschieden werden kann, ob es ein Schmuckstück oder ein Werkzeug ist.

Stollberg. Nach vorläufiger Feststellung der Amtshauptmannschaft Stollberg sind im hiesigen Bezirk 820 Erbhöfe vorhanden. Davon befinden sich 550 im Amtsgerichtsbezirk Stollberg und 270 im Amtsgerichtsbezirk Zwönitz.

Wetter für morgen

Zunehmende Erwärmung bei südöstlichen Winden. Auch nachts milder. Zeitweise leicht bewölkt. Gegen Abend drilich Gewitter, sonst trocken.